

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Die Irrlehren der Sozialdemokratie

Richter, Eugen

Berlin, 1893

5. Die künftige Kapitalbildung

Einkommen die Quote für den Einzelnen darum doch kaum um 2 Mark erhöhen. Dergleichen Rechnungen sind überschläglich. Man kann statt 842 Mk. vielleicht 850 oder 830 Mk. herausrechnen. Dies ändert nichts an dem Gesamtergebnis, daß die Größe des Renteneinkommens und des Unternehmergewinns im Verhältnis zum Gesamteinkommen des Volkes ganz außerordentlich überschätzt und die Vorstellungen über das Durchschnittseinkommen der Haushaltungen irreführend werden, dadurch daß man außer acht läßt, wie wenig reiche Leute eigentlich der großen Menge von Personen mit geringem Einkommen gegenüberstehen.

Die Summe von 842 Mk. kann, wie nochmals hervorgehoben werden muß, auch durchaus noch nicht dem Einzelnen bei gleicher Ertragsteilung im sozialdemokratischen Staat in Aussicht gestellt werden, weil von dem der Rechnung zu grunde liegenden Gesamteinkommen von 8 424 Millionen noch nichts zu den programmäßig vorgeschriebenen „gemeinnützigen Verwendungen“ in Abzug gebracht worden ist.

5. Die künftige Kapitalbildung.

Das vorhandene Kapital kann man durch einen brutalen Gewaltakt allerdings seinen Eigentümern konfiszieren und zum Staatseigentum erklären, nicht aber kann neues Kapital durch einen formalen Akt der Staatsgewalt geschaffen werden. Auch der sozialdemokratische Staat kann aber der neuen Kapitalbildung nicht entbehren. Verarbeitete Vorräte von Rohstoffen und Hilfsstoffen müssen erneuert werden. Das stehende Kapital nutzt sich ab und wird mitunter infolge Veränderung des Gebrauchswertes auch vor der Abnutzung ganz und gar wertlos. Auch die sozialdemokratischen Bilanzen ergeben daher erst einen Reingewinn nach entsprechenden Abschreibungen. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß das Uebrigbleibende nun ebenso wie in der heutigen Gesellschaftsordnung zur Verteilung gelangen könnte. Da die Privaten nicht mehr in der Lage sind, zu sparen, so muß der Staat selbst neues Kapital erübrigen. Wenn die Eltern durch Vererbung die Zukunft ihrer Kinder nicht mehr ausstatten können, so muß der Staat selbst für die Kapitalausstattung neuer Generationen sorgen. Der sozialistische Staat kann dies aber nur, indem er von dem Reinertrag, anstatt denselben unter die Konsumenten zu verteilen, vorab einen entsprechenden Teil zurückbehält und selbst kapitalisiert. Deshalb ist auch die Rechnung nicht einmal zutreffend, daß der sozialdemokratische Staat nach Konfiskation alles Privatvermögens in der Lage wäre, der einzelnen Haushaltung und denjenigen, welche jetzt ein selbständiges Einkommen beziehen, aus dem Gesamteinkommen ein Einkommen von durchschnittlich 842 Mk. zuzusichern. Hierbei war von uns noch nicht in Rechnung gestellt dasjenige, was der Staat vorweg für neue Kapitalbildung von den 842 Mk. in Abzug bringen muß.

Machen wir uns dies an einem Beispiel klar! Der preussische Staatshaushaltsetat hat für 1890/91 einmalige Ausgaben vorgesehen zur Ergänzung und Vervollkommnung des Staatseisenbahnwesens im Betrage von 200 Millionen Mark. Die dazu erforderlichen Geldmittel

solten durch Anleihe aufgebracht werden und sind teilweise soeben durch Herausgabe von dreiprozentigen Konsols beschafft. Solche Unterbringung ist aber in der sozialdemokratischen Weltordnung unmöglich. Es giebt dort keine Staatspapiere, keine Kupons, keine Zinsen und auch keine Privatkapitalisten, welche das Geld hergeben können.

Der sozialdemokratische Staat muß also, da die Sozialdemokraten die Bervollständigung des Eisenbahnwesens gewiß nicht werden missen wollen, den in Preußen vorhandenen 10 Millionen Haushaltungen u. s. w. je 20 Mark von dem von uns ermittelten Normaleinkommen von 842 Mark abziehen, um die erforderlichen 200 Millionen zu erübrigen. Wir bemerken, daß es sich bei diesem Aufwand von 200 Millionen nicht um den Erwerb von Grundeigentum handelt; denn in diesem Falle würde der sozialdemokratische Staat allerdings nichts zu bezahlen haben, da er ja schon vorher alles Grundeigentum expropriert hat. Schon die Ausstattung des Staatseisenbahnwesens vermindert also das Jahreseinkommen um 20 Mark. Dabei ist ein solcher Aufwand von 200 Millionen für Eisenbahnzwecke nichts Ungewöhnliches. Das Anlagekapital der deutschen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig 10 000 Millionen. Dieses Kapital ist fast ausschließlich beschafft worden durch Ausgabe von Aktien und Obligationen. Allein auf die letzten 22 Jahre fällt ein neues Anlagekapital von 7700 Millionen Mark, also von jährlich durchschnittlich 350 Millionen.

Ebenso wie für Eisenbahnbauten nehmen die Staaten auch Geld auf für Wasserbauten, Kanäle (Nord-Ostseefanal) u. dergl., der Militäranleihen gar nicht zu gedenken. Wie mit den Staatsanleihen ist es mit den Gemeindeanleihen. Was beispielsweise die Stadt Berlin braucht zur fortgesetzten Bervollständigung der Gasanstalten, Wasserwerke, Kanalisationen, Markthallen u. s. w., kann in einer sozialdemokratischen Kommune auch nicht durch Anleihen aufgebracht werden, sondern müßte ebenfalls vor der Verteilung des Ertrages der Gesamtarbeit unter die Konsumenten vorweg in Abzug gebracht werden. Ein weiterer jährlicher Betrag von je 20 Mark für die Haushaltung würde für die Kapitalbedürfnisse der Gemeinden kaum reichen.

Der sozialistische Staat aber würde aus laufenden Erträgen nicht glos für dasjenige zu sorgen haben, was heute zum Besten von Staat, Gemeinde und anderen öffentlichen Korporationen mittelst Anleihen beschafft wird, sondern er würde auch aus den laufenden Erträgen die neu erwachsenden Kapitalbedürfnisse zu befriedigen haben, die heute durch Ansammlung von Ersparnissen in den Privatwirtschaften befriedigt werden. Die Bevölkerung vermehrt sich alljährlich um mehr als 1 Prozent, und wenn die Glückseligkeit, welche die Sozialdemokraten erhoffen, wirklich im sozialdemokratischen Staat geschaffen würde, so würde die Vermehrung sicherlich noch eine weit stärkere sein. Neue Menschen brauchen aber neue Häuser und neues Mobiliar. Da die Eltern aber nichts mehr kapitalisieren können, so muß der Staat die Ausstattung übernehmen. Der Feuerkassenwert der Gebäude in Berlin, also der bauliche Wert, nicht der Wert von Grund und Boden, ist beispielsweise von 1886 bis 1887 in Berlin um 112 Millionen Mk. gestiegen, der versicherte Wert der Mobilien um 146 Millionen Mk., und zwar um 49 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Private würden künftig keine Häuser für andere bauen,

da ja eine Mietsrente nicht gezahlt werden soll. Den Bau der Häuser und die Ausstattung mit Mobilien muß deshalb auch der sozialistische Staat für die zunehmende Bevölkerung übernehmen. Mehr Menschen aber bedürfen auch mehr Werkstätten, mehr Fabriken, Vorrathshäuser, Magazine zu ihrer Versorgung mit Produkten. Zu alledem sind neue Baulichkeiten, neue Maschinen, neue Vorräte erforderlich. Auch diese muß der sozialistische Staat beschaffen, da es Privatunternehmer ja nicht mehr geben wird.

Unzweifelhaft verfügt gegenwärtig die bürgerliche Gesellschaft im Ganzen über weit mehr Kapital, auch pro Kopf der Bevölkerung, als die Gesellschaft früherer Zeiten. Der Durchschnitt der Bevölkerung — das kann nicht bestritten werden — wohnt besser, lebt besser als früher. Soll ein weiterer Fortschritt der Gesamtheit sich vollziehen, so bedarf dieselbe in der Zukunft, selbst wenn auch nur der Fortschritt der Kultur-entwicklung nach dem Maßstabe der heutigen Gesellschaftsordnung eingehalten werden soll, einer stets wachsenden Ausstattung mit Kapital auf den Kopf der Bevölkerung als bisher.

Wir hatten nun berechnet, daß die große Konfiskation alles Privatvermögens den Staat in Stand setzen würde, ein Durchschnittseinkommen von 842 Mk. zu gewähren, d. i. 200 Mk. mehr, als durchschnittlich das Einkommen gewerblicher Arbeiter beträgt. Wenn der sozialdemokratische Staat für den Umfang des bisherigen preussischen Staates auch jährlich nur 2000 Millionen Mk. aufwenden will, um die neuen Eisenbahnen, Kanäle, öffentliche Gemeindegemeinschaften, Wohnhäuser, Fabriken, Magazine, Vorräte, welche jetzt aus Privaterparnissen hergestellt werden, selbst zu beschaffen, so muß er den 10 Millionen Haushaltungen u. s. w. je 200 Mk. vorab von ihrem Anteil an der Gesamtproduktion in Abzug bringen. Damit würde dann aber als Wirkung der großen Vermögenskonfiskation nur übrig bleiben eine Herunterdrückung des Durchschnittseinkommens der Privathaushaltungen auf dasjenige Durchschnittseinkommen von 642 Mk., welches gegenwärtig die gewerblichen Arbeiter in Deutschland beziehen. Die Sozialdemokratie übersehen in ihrer Rechnung, daß der Zinsgewinn nur eine Leistung aus dem Ertrage des Volkshaushalts ist, der auch eine Gegenleistung gegenübersteht. Mit dem Wegfall des Zinsgewinns muß die Gesamtheit diese Gegenleistung — Ersparung von Kapital — für die Zukunft übernehmen und vermindert sich damit auch der Arbeitsertrag des Einzelnen aus dem Volkshaushalt.

Wie sollen nun gar erst diejenigen Kapitalien beschafft werden, welche der sozialdemokratische Staat bedarf für alle seine besonderen, aufs Vollkommenste ausgestatteten und ausgeschmückten neuen Einrichtungen, wie sie unseren Sozialdemokraten vorzwehen? So schreibt Bebel in seinem Buch über die Frau S. 156:

Die Arbeit soll aber immer mehr verannehmlich werden. Dazu gehören praktisch und schön eingerichtete Produktionsstätten, möglichste Verhütung jeder Gefahr, Beseitigung unangenehmer Gerüche, Dünste, Rauch z., kurz aller gesundheitschädlichen und lästigen Einflüsse.

Anfangs produziert die neue Gesellschaft mit den von der alten übernommenen Hülsen- und Arbeitsmitteln. Allein diese sind, so vollkommen sie scheinen, für die neue unzureichend. Zahlreich zersplitterte, nach jeder Richtung höchst unzulängliche

Arbeitsräume, Werkzeuge und Maschinen, die von den primitivsten bis zu den vollkommensten alle Stufen durchlaufen, genügen weder der Zahl der nach Beschäftigung Verlangenden, noch ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Annehmlichkeit.

Die Beschaffung einer großen Menge großer, heller, lustiger, auf das Vollkommenste ausgestatteter und ausgeschmückter Arbeitsräume ist also das allerdringendste Bedürfnis. Kunst, Technik, Kopf- und Handgeschicklichkeit finden also sofort ein umfassendes Feld der Thätigkeit. Alle Gebiete des Maschinenbaues, der Werkzeugfabrikation, des Bauwesens und der mit der innern Einrichtung der Räume beschäftigten Arbeitszweige haben die reichlichste Arbeitsgelegenheit. Alles, was menschlicher Erfindungsgeist an bequemer und angenehmer Baulichkeit, Ventilation, Beleuchtung, Heizung, maschinellen und technischen Einrichtungen und Reinlichkeitsanlagen zu schaffen vermag, wird aufgewandt. Ersparnis motorischer Kraft, Heizung, Beleuchtung, Zeit, Arbeits- und Lebensannehmlichkeit gebieten die zweckmäßige Konzentration sämtlicher Arbeitsstätten auf bestimmte Punkte. Die Wohnungen werden von den Arbeitsräumen getrennt, befreit von den Unannehmlichkeiten industrieller und gewerblicher Thätigkeit. Diese Unannehmlichkeiten werden wieder durch zweckmäßige Einrichtungen und Vorkkehrungen aller Art bis auf das geringste Maß beschränkt sein, vielfach ganz aufgehört haben.

An einer anderen Stelle seines Buches (Seite 186) schildert Bebel die Kapitalanlagen, welche Konsumtionszwecken im sozialdemokratischen Staat dienen sollen, nicht minder verführerisch wie folgt:

Große Versammlungslokalitäten für Vorträge, Disputationen und zur Besprechung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten, Spiel-, Speise- und Turnplätze, Parks und Promenaden, öffentliche Bäder, Bildungs- und Erziehungsanstalten aller Art, Laboratorien, Hospitäler für Kranke und Sieche, alles dies aufs Bestmögliche ausgestattet und hergerichtet, werden jeder Art von Unterhaltung, Kunst und Wissenschaft die reichlichste Gelegenheit bieten, das Höchste zu leisten.

Derartig baut sich die Sozialdemokratie mit einem Vergnügen, das als kindliche Naivität fast rühren könnte, allerlei phantastische Lustschlösser auf, während die Beseitigung des Privatkapitals gerade umgekehrt zu einer fortgesetzten Verschlechterung und Verkümmern aller auf Kapitalanlagen beruhenden Einrichtungen führen muß. Denn alles, was im sozialdemokratischen Staat derartig „gemeinnützig verwendet“ werden soll, kürzt unmittelbar den Arbeitsertrag, welcher zur Verteilung unter die Einzelnen gelangen kann. Das Eigeninteresse der Einzelnen wird daher bei der Frage der Vorenthaltung zu gemeinnützigen Zwecken in den denkbar schärfsten und unmittelbarsten Gegensatz zu dem Gemeinwohl gebracht. Hierbei würde die Entscheidung um so sicherer zu Ungunsten des Interesses der Gesamtheit fallen, je größere Beträge in Frage kommen. In Deutschland würden wir nicht einmal zur Hälfte des bestehenden Eisenbahnnetzes gekommen sein, wenn die Eisenbahnen nur aus laufenden Steuererträgen hätten gebaut werden können. Ganz anders verhält es sich bei der Ansammlung von Privatkapital. Zwar ist auch dies in der Regel abhängig von einer Entfagung in Bezug auf den augenblicklichen Genuß, aber diese Entfagung vollzieht sich weit leichter und allgemeiner im Publikum auf einen, damit aus dem Zinsgewinne zu erzielenden größeren und sichereren Lebensgenuß in späterer Zeit für die eigene Person oder wenigstens für die Nachkommen. — Es hilft nichts, zur Unterstützung obiger sozialdemokratischen Phantasie nun ein anderes Phantasiegebilde zu schaffen und die Menschen als selbstlose, nur von Gemeinwohl durchglühte, fast überirdische Wesen darzustellen. So phantasiert Bebel Seite 156: „Heute sind persönlicher Egoismus und Gemeinwohl Gegensätze, die sich ausschließen, in der neuen Gesellschaft sind diese Gegensätze aufgehoben,

persönlicher Egoismus und Gemeinwohl stehen mit einander in Harmonie, decken sich“. — Das Gemeinwohl deckt sich auch in der neuen sozialdemokratischen Welt mit dem persönlichen Egoismus ebensowenig, wie es in dieser schlechten Welt dem einzelnen Steuerzahler gleichgültig ist, wieviel die Gesamtheit von ihm zum allgemeinen Besten beansprucht. — Wenn die Menschen Engel wären, so würden wir eine noch weit schönere neue Weltordnung uns ausdenken können als die Sozialdemokratie.

6. Die Ueberschätzung des Großbetriebs.

Die bloße Konfiskation des Privatvermögens bringt im sozialdemokratischen Staat nicht viel ein, zumal nach solcher Konfiskation der Staat die Verpflichtung übernimmt, nunmehr seinerseits für die Gesamtheit zu kapitalisieren und das dazu Erforderliche vom Gesamtertrag der Arbeit vorweg abzuziehen. Der Arbeiter erhält also auch im sozialdemokratischen Staat nichts weniger als den Gesamtertrag seiner Arbeit.

Wodurch soll denn nun aber die gepriesene Glückseligkeit im sozialdemokratischen Staat entstehen? In erster Reihe, so führt man aus, dadurch, daß die Arbeit weit produktiver sich gestaltet, weil alles nur im Großen hergestellt wird. In der sozialdemokratischen Weltordnung wird es nur Großbetriebe geben. Je größer ein Betrieb, desto besser. Der Staat übernimmt daher selbst alle Betriebe.

Gewiß kann unter Umständen und bei gewissen Gegenständen ein Großbetrieb mit weniger Aufwand an Kapital und Arbeit produzieren als ein Kleinbetrieb. Aber es ist ein ungeheurerlicher Irrtum, zu glauben, daß der Großbetrieb überall und bei allen Gegenständen dem Kleinbetrieb überlegen sei. Die Sozialdemokraten behaupten freilich, daß in der bestehenden Gesellschaftsordnung mehr und mehr die Kleinbetriebe von den größeren Betrieben aufgesaugt würden, bis zuletzt alle Betriebe sich in den Händen von wenigen Personen vereinigen würden. Auch dies ist eine durchaus falsche Darstellung.

Was zunächst die Landwirtschaft betrifft, so ist das Umgekehrte weit mehr richtig: Der Kleinbetrieb ist dem Großbetrieb hier vielfach überlegen. Deshalb klagen unsere Junker gerade entgegengesetzt von den Sozialdemokraten die freie Ordnung an, daß sie Grund und Boden pulverisiere, eine Zerplitterung des Besitzes herbeiführe und die Zwergwirtschaft an die Stelle des Großbetriebes setze. Aber auch diese Ausführung ist falsch. Bei einer freien Entwicklung, welche nicht künstlich gehemmt wird durch Fideikomnisse und Privilegien bei der Vererbung, wird es in der Landwirtschaft immer Großbetriebe und Kleinbetriebe neben einander geben. Die Landwirtschaft in den östlichen Provinzen Preußens leidet gerade daran, daß es dort zu viel Großbetriebe und zu wenig Kleinbetriebe giebt. Die Entwicklung der Landwirtschaft drängt mehr und mehr hin zur Verminderung des durchschnittlichen Umfangs der einzelnen Betriebe, ohne deshalb die gesamte Landwirtschaft in lauter kleine Betriebe aufzulösen. Je mehr es in der Landwirtschaft auf intensiveren Betrieb ankommt, desto bedeutsamer wird die menschliche Arbeitskraft für die Kultur und desto mehr Vorteile bietet